



GEMEINDE OPPONITZ

A-3342 Opponitz, Hauslehen 21, Tel. 07444/7280 Fax: DW 70

Land Niederösterreich – pol. Bezirk Amstetten

DVR.: 471224

Gde.Nr.: 30524

UID: ATU16239309

<http://www.opponitz.gv.at> E-Mail: gemeinde@opponitz.gv.at

Lfd Nr. 17

Seite: 01

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die Sitzung des

GEMEINDERATES

am 04.07.2017 in Opponitz, Gemeindesitzungszimmer (Dachgeschoß)

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 22:57 Uhr

Die Einladung erfolgte am 28.06.2017 durch Kurrende bzw. E-Mail

Anwesend waren:

Bürgermeister:	Johann LUEGER
Vizebürgermeister:	Ernst STEINAUER
Geschäftsf. Gemeinderäte:	Karl HAGAUER Heidi HÖNIGL Franz SCHALLAUER Klaus SCHALLAUER
Gemeinderäte:	Frank DESAI-HÜTTEMANN Heidemarie KÄFER-SCHLAGER Walter MAURER Andreas RIEDLER Franz ROSENBERGER Alexander SCHNABEL Adelheid SCHWEIGHUBER (ab 20.30 Uhr)

Anwesend waren außerdem:

Schriftführerin:	Tatjana STANGL
Zuhörer:	-x-

Entschuldigt abwesend waren:

Ing. Georg KÖLBEL

Nicht entschuldigt abwesend waren:

VORSITZENDER:

Johann LUEGER

Die Sitzung war öffentlich.
Die Sitzung war beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

- Pkt. 1.: Entscheidung über eventuell schriftlich erhobene Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift vom 18.04.2017
- Pkt. 2.: Vereinbarung mit Taxiunternehmen Bruckwirt GmbH bezüglich Kindergartenbusfahrten
- Pkt. 3.: Erhöhung des KiGa-Bus Beitrags für die Eltern ab September 2017
- Pkt. 4.: Crowdfunding-Aktion Forsteralm
- Pkt. 5.: Abschluss eines Pachtvertrags für einen Teil des Grundstücks 1066, KG Opponitz
- Pkt. 6.: Beschluss zur Übernahme eines Finanzierungsanteils zur Konzepterstellung Anrufsammeltaxilösung Ötscher-Ybbstal
- Pkt. 7.: Resolution betreffend Erhalt Sonderschulen
- Pkt. 8.: Bestellung eines Sicherheitsgemeinderats
- Pkt. 9.: Bestellung eines Wildbachaufsehers
- Pkt. 10.: Nicht öffentlicher Punkt – Entschädigung Wildbachaufseher
- Pkt. 11.: Berichte

Um 19.00 Uhr fand eine Buchpräsentation von Herrn Mag. Martin Prieschl für interessierte Gemeinderäte statt. Herr Mag. Prieschl erzählt über die Inhalte und über die Erarbeitung dieses Buchs. Abschließend wird noch ein Gruppenfoto von der Buchübergabe an die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gemacht.

Um 20.00 Uhr ist der Beginn der Gemeinderatssitzung.

Pkt. 1: Entscheidung über eventuell schriftlich erhobene Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift vom 18.04.2017

Bgm. Johann Lueger begrüßt die anwesenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung, sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung ist jedem Gemeinderatsmitglied zugegangen und daher bekannt.

Das Protokoll vom 18.04.2017, das den Protokollfertigern zugegangen ist, gilt als genehmigt, da keine schriftlichen Einwendungen dazu eingelangt sind.

2. Vereinbarung mit Taxiunternehmen Bruckwirt GmbH bezüglich Kindergartenbusfahrten

Die Bruckwirt GmbH ist grundsätzlich bereit, den Transport der Kindergartenkinder im Kindergartenjahr 2017/2018 wieder durchzuführen und hat dafür ein Angebot vorgelegt. Für das kommende Kindergartenjahr sind aktuell 18 Kinder angemeldet. Per Angebot vom 25.6.2017 hat die Bruckwirt GmbH mitgeteilt, dass man aufgrund der gemeldeten Kinder pro Tag € 88,00 + gesetzl. MwSt. verlangen wird. Sollte ein Kindergartenkindertransport an schulfreien Tagen notwendig sein, verrechnet die Bruckwirt GmbH € 118,00 pro Tag + gesetzl. MwSt. Der Betrag bleibt gleich wie im Vorjahr.

An den Gemeinderat wird der Antrag gestellt, die Bruckwirt GmbH mit den Kinderbusfahrten zu oben genannten Bedingungen zu beauftragen.

Anfragen, Stellungnahmen: keine

Gegenantrag: keiner

Beschluss: Annahme des gestellten Antrags

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Erhöhung des KiGa-Bus Beitrags für die Eltern ab September 2017

Der Beitrag für Kindergartenbusfahrten wurde letztmals im Jahr 2010 erhöht. Die Buskosten an die Bruckwirt GmbH sind aber im Vorjahr wieder gestiegen. Verschärft kommt noch hinzu, dass die Förderung vom Land NÖ, welche ein Drittel der Kosten ausgemacht hat, seit 2015 ersatzlos gestrichen wurde. Für die Gemeinde bedeutet dies, dass jährlich eine hohe Summe (im Bereich von € 8.000,00 bis € 10.000,00) für die

Durchführung des Kindergartentransports zu tragen ist, welche nicht gedeckt werden kann, daher besteht Handlungsbedarf.

Es wird vorgeschlagen, den Kindergartenbeitrag für das Kindergartenjahr 2017/2018 auf € 55,00 für ein Kind, € 66,00 für zwei Kinder (inkl. 13% Steuer) zu erhöhen.

Erwähnt sei noch, dass dies trotz der Erhöhung noch ein Minus im Bereich der Kindergartenbusfahrten für die Gemeinde Opponitz bedeutet. Daher soll im kommenden Jahr ein System gefunden werden, dass die Verrechnung wie auch in manchen anderen Gemeinden direkt vom Busunternehmen an die Eltern erfolgt und die Gemeinde Opponitz den Eltern eine genau definierte Förderung zukommen lässt. Die Ausarbeitung des Konzepts soll in der ersten Jahreshälfte 2018 erfolgen.

An den Gemeinderat wird der Antrag gestellt, den Kindergartenbeitrag für das Kindergartenjahr 2017/2018 auf € 55,00 für ein Kind, € 66,00 für zwei Kinder (inkl. 13% Steuer) zu erhöhen.

Anfragen, Stellungnahmen: Wortmeldungen von Bgm. Johann Lueger, GR Alexander Schnabel, GR Frank Desai-Hüttemann, Vzbgm. Ernst Steinauer.

GR Adelheid Schweighuber erscheint vor der Abstimmung um 20.30 Uhr zur Sitzung.

Gegenantrag: keiner

Beschluss: Annahme des gestellten Antrags

Abstimmungsergebnis: mehrstimmig, eine Gegenstimme (GR Frank Desai-Hüttemann)

4. *Crowdfunding-Aktion Forsteralm*

Die Gemeinde Opponitz solle sich bei der Crowdfunding-Aktion der Forsteralm beteiligen. Opponitz ist eine Nachbargemeinde und die Region wächst immer mehr zusammen.

Vorschlag:

Da die Gemeinde Opponitz in finanziell schlechter Lage ist und Sonderausgaben schwer zu begründen sind, man jedoch das Schigebiet Forsteralm unterstützen solle, wird folgende Vorgangsweise vorgeschlagen.

Ein Ankauf des Pakets „Schneebaustein Silber“ – beinhaltet einen Skitag mit max. 50 Personen. Jeder Gemeinderat, der sich bereiterklärt die Aktion zu unterstützen, soll sich beim Ankauf mit € 100,00 privat beteiligen, der übrige Betrag, welcher durch die finanzielle Unterstützung der Gemeinderäte nicht gedeckt werden kann, wird von Seiten der Gemeinde Opponitz beigesteuert.

Vorgeschlagen wird, dass alle beteiligten Gemeinderäte den Schitag anschließend ausschreiben und gemeinsam mit Volksschulkindern und deren Eltern das Paket einlösen.

Anfragen, Stellungnahmen: Längere Diskussion der Gemeinderäte. Unterbrechung der Sitzung durch Bgm. Johann Lueger für 40 Minuten.

Gegenantrag:

Vizebürgermeister Ernst Steinauer bringt folgenden Gegenantrag ein:

Aufgrund der Unklarheit der Formulierung des Sitzungspunktes wird der Antrag gestellt, den Sitzungspunkt nochmals in einen Arbeitskreis zurückzuverweisen. Eine neuerliche Behandlung soll nach Ausarbeitung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Beschluss: Annahme des gestellten Gegenantrags

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. *Abschluss eines Pachtvertrags für einen Teil des Grundstücks 1066, KG Opponitz*

Um die Zufahrt zum geplanten Inszenierungsplatz im Zuge des Radwegprojekts am „Alten Sportplatz“ zu gewähren, ist es erforderlich, einen Teil der Parzelle 1066, KG Opponitz von Frau Dr. Rosmarie Poskocil zu pachten. Auf diesem Teilstück im Ausmaß von 1.235m² ist ein 3m breiter geschotterter Weg errichtet worden. Die Eckpunkte des Pachtvertrags sind folgende:

Verpachtung einer Teilfläche von rund 1.235m² der Parzelle 1066, KG Opponitz

Pachtbeginn und Dauer: Beginn 01.05.2017, Dauer 5 Jahre, eine Verlängerung des Pachtverhältnisses ist möglich.

Der Pachtzins beträgt € 80,00 zzgl. 20%, gesamt sohin € 96,00 pro Jahr, dieser Betrag ist indexgesichert.

An den Gemeinderat wird der Antrag gestellt, oben genannten Pachtvertrag mit Frau Dr. Rosmarie Poskocil per 01.05.2017 auf die Dauer von 5 Jahren mit Möglichkeit zur Verlängerung und Einräumung eines Vorkaufsrechts, zu einem Pachtzins von € 80,00 pro Jahr (indexgesichert), zu genehmigen.

Anfragen, Stellungnahmen: keine

Gegenantrag: keiner

Beschluss: Annahme des gestellten Antrags

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. *Beschluss zur Übernahme eines Finanzierungsanteils zur Konzepterstellung Anrufsammeltaxilösung Ötscher-Ybbstal*

Beschluss zur Übernahme eines Finanzierungsanteils zur Konzepterstellung Anrufsammeltaxilösung Ötscher-Ybbstal

In der Region Ötscher-Ybbstal (geplantes Projektgebiet: 15 Gemeinden Scheibbs, Sonntagberg, Lunz am See, Göstling an der Ybbs, Gaming, Hollenstein/Ybbs, Opponitz, St. Georgen am Reith, St. Anton an der Jeßnitz, Ybbsitz, Waidhofen an der Ybbs, Mitterbach, Puchenstuben, Annaberg und Mariazell) soll ein Implementierungskonzept (Betriebskonzept) für eine bedarfsorientierte Mobilitätslösung (Anrufsammeltaxibasiert) beauftragt werden.

Ziele/Nutzen:

- Lückenschluss in der Mobilitätskette ("letzte Meile") im Öffentlichen Verkehr
- flächendeckende Versorgung mit Öffentlichem Verkehr auch in peripheren Orten und Siedlungen und zu Zeitrundlagen (abends)

- Zugang zu Mobilität für alle BewohnerInnen sicher stellen, Versorgungssicherheit – auch für ältere BewohnerInnen, Kinder, Jugendliche
- Klimaschutz und Nachhaltigkeit – Reduktion von Autofahrten/“Elterntaxi“, CO2-Reduktion, Klimabilanz verbessern
- höhere regionale Wertschöpfung – mehr Transportleistung, längere Aufenthaltsdauer Gäste
- Positionierung „sanft mobile Region“, autofreie Anreise, Mobilitätsgarantie vor Ort für Gäste und BewohnerInnen

Gesamtkosten des Konzeptes für 15 Gemeinden lt. Angebot der Fa. ISTmobil

Nettosumme	€ 25.490,00
Mehrwertsteuer 20%	€ 5.098,00
Gesamtbetrag brutto	€ 30.588,00
Fahrtkostenpauschale	€ 1.000,00
Gesamt brutto	€ 31.588,00

Der Eigenmittelanteil ist von den Gemeinden zu bezahlen und errechnet sich aus einem Verteilungsschlüssel 50% EinwohnerInnen und 50% Finanzkraft pro Kopf und ist abhängig von der Anzahl der schlussendlich teilnehmenden Gemeinden.

Der Kostenanteil für die Gemeinde Oponitz wurde mit einem Höchstbetrag von € 1.247,61 ermittelt. Förderungen für die Konzepterstellung wurden - je nach Fördermöglichkeit - mit 70 % von den Nettokosten oder 40 % von den Bruttokosten veranschlagt.

An den Gemeinderat wird der Antrag betreffend Übernahme eines einmaligen Finanzierungsanteils bis zum Höchstbetrag von € 1.247,61 gestellt.

Anfragen, Stellungnahmen: Diskussion und Wortmeldungen von Bgm. Johann Lueger, gGR Karl Hagauer, GR Alexander Schnabel, GR Franz Schallauer.

Gegenantrag: keiner

Beschluss: Annahme des gestellten Antrags

Abstimmungsergebnis: mehrstimmig, drei Gegenstimmen: GR Walter Maurer, GR Alexander Schnabel, GR Frank Desai-Hüttemann

7. Resolution betreffend Erhalt Sonderschulen

An den Gemeinderat wird der Antrag gestellt folgende Resolution zu beschließen:

Förderung der Inklusion bei gleichzeitigem Erhalt der Sonderschulen

Sonderpädagogische Förderung unterstützt Kinder und Jugendliche mit physischen, kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen beim Erwerb ihren individuellen Möglichkeiten entsprechender Kompetenzen mit dem Ziel gesellschaftlicher Teilhabe und selbständiger Lebensgestaltung. Diese **individuelle Förderung braucht Lernräume**, die

jedem Schüler bzw. jeder Schülerin die entsprechende, notwendige Unterstützung gibt, die sie für ihren individuellen Erfolg benötigen.

Dabei setzt das **Bildungssystem in Niederösterreich erfolgreich auf zwei Varianten** der individuellen Förderung. Einerseits besuchen körper- und sinnesbehinderte Kinder und Jugendliche seit Jahren **allgemeine Schulen und werden dort inklusiv unterrichtet**, wobei in einzelnen Gegenständen (Stichwort: Bewegung und Sport) Ausnahmen bei der **Teilnahme bzw. Beurteilung möglich sind**. Andererseits sind einige Schülerinnen und Schüler aufgrund ihrer physischen und/oder psychischen Beeinträchtigung **nicht in der Lage, dem Unterricht in den größeren Schülergruppen der Regelschule zu folgen**. Gerade für diese Kinder und Jugendlichen bieten die verschiedenen Formen von **Sonderschulen in Niederösterreich das richtige Lernumfeld für die persönliche und schulische Weiterentwicklung**.

Zahlreiche mediale Aussagen der Bundesministerin für **Bildung**, die in einem „**Stufenplan**“ die **Abschaffung der Sonderschulen bei gleichzeitiger Postulierung des inklusiven Unterrichts als einzige Möglichkeit** vorsehen will, machen Eltern, Schulpsychologen und Pädagoginnen und Pädagogen Sorge: Demzufolge könnten die **Sonderschulen** als individuell fördernde Einrichtungen in wenigen Jahren **abgeschafft werden** und alle Kinder und Jugendlichen, die bisher eine Sonderschule besuchen, müssten **in inklusiven Unterricht in Regelschulen wechseln**. Dies entspricht weder dem **wesentlichen Grundsatz der Wahlfreiheit der Eltern**, noch ist es (wie die Erfahrungen aus der Praxis zeigen) für alle Kinder der richtige Weg. Eltern von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf wissen ganz genau, welche Möglichkeiten, Fähigkeiten und

Chancen ihre **Kinder in einer allgemeinen** Pflichtschule haben oder ob sie in **einer Sonderschule** eine bessere Lernumgebung für ihre Kinder vorfinden.

Inklusiver Unterricht soll überall dort gefördert und unterstützt **werden, wo es möglich und sinnvoll ist**. Es braucht aber darüber **hinaus individuelle Förderinstrumente und Lernräume für Kinder und Jugendliche, die nur in Sonderschulen möglich sind**.

Das Bundesministerium für Bildung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, dass die Inklusion gefördert, der Erhalt der Sonderschulen jedoch weiter sichergestellt wird.

Anfragen, Stellungnahmen: Wortmeldungen von Bgm. Johann Lueger, GR Alexander Schnabel, GR Franz Schallauer und GR Franz Rosenberger

Gegenantrag: keiner

Beschluss: Annahme des gestellten Antrags

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. *Bestellung eines Sicherheitsgemeinderats*

Vom Bundesministerium für Inneres wurde das Projekt „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ ins Leben gerufen. Als ein Partner dieses Projekts ist als Schnittstelle zwischen der örtlich zuständigen Polizeiinspektion und der Gemeinde ein „Sicherheitsgemeinderat“ vorgesehen. Dieser soll Kommunikator zwischen Bevölkerung und Polizei sein.

Die Aktion soll den Sicherheitsdialog zwischen den Menschen fördern und koordinieren. Gemeinsames Ziel für Gemeinden und Polizei ist, gemeinsam als „Gesellschaft des Hinsehens und aktiven Handelns“ die Sicherheit zu erhöhen.

„Sicherheitsgemeinderäte“ sind Gemeinderäte, die in sicherheitsbehördlichen Angelegenheiten die Schnittstelle zwischen der örtlich zuständigen Polizeiinspektion und der jeweilige Gemeinde bilden.

An den Gemeinderat wird der Antrag gestellt, Herrn Bgm. Johann Lueger zum Sicherheitsgemeinderat zu bestellen.

Anfragen, Stellungnahmen: Bürgermeister Johann Lueger bleibt für Erklärungen bis zur Abstimmung im Raum. GR Alexander Schnabel erkundigt sich näher, worauf Bgm. Johann Lueger ausführlich Auskunft gibt.

Für die Abstimmung dieses Sitzungspunkts verlässt Bgm. Johann Lueger aufgrund Befangenheit den Raum und überlässt die Antragstellung und Abstimmung Herrn Vzbgm. Ernst Steinauer.

Gegenantrag: keiner

Beschluss: Annahme des gestellten Antrags

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. *Bestellung eines Wildbachaufsehers*

Es besteht für jede Gemeinde die gesetzliche Verpflichtung, Wildbäche regelmäßig zu begehen dies zu dokumentieren. Dies kann entweder durch einen Bediensteten oder einen externen Beauftragten mit entsprechender Ausbildung erfolgen. Herr Stefan Kerschbaumer hat heuer die Ausbildung zum Wildbachaufseher absolviert und soll künftig für die Gemeinde die Begehungen der Wildbäche übernehmen. Dafür ist die komplette Begehung und Erstdokumentation aller Opponitzer Wildbäche erforderlich. Das Projekt soll noch im heurigen Jahr starten. Herr Stefan Kerschbaumer wird nach Absprache und Veröffentlichung des Begehungszeitraums beginnen und dazu eine genaue Dokumentation führen. Die detaillierten Aufgabengebiete und gesetzlichen Bestimmungen liegen am Gemeindeamt auf.

An den Gemeinderat wird der Antrag gestellt, Herrn Stefan Kerschbaumer zum Wildbachaufseher der Gemeinde Opponitz zu bestellen.

Anfragen, Stellungnahmen: Information durch Bgm. Johann Lueger, Wortmeldung von GR Franz Schallauer

Gegenantrag: keiner

Beschluss: Annahme des gestellten Antrags

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. *Nicht öffentlicher Punkt – Entschädigung Wildbachaufseher*

Nicht öffentlicher Punkt. Die Wortmeldungen und der Beschluss befinden sich in einem eigenen nicht öffentlichen Protokoll.

11. *Berichte (Gemeinderat)*

Bgm. Lueger berichtet über die Verzögerung der Baustelle der Wildbach- und Lawinenverbauung „Hühnergraben“.

Des Weiteren berichtet Bgm. Johann Lueger über die Baustelle der Straße im Bereich Haselreith – Point durch die Straßenmeisterei Waidhofen/Ybbs.

Über Personaländerungen aufgrund der Pensionierung von Frau Direktor OSR Margarete Blamauer wird ebenfalls von Bgm. Lueger berichtet.

Dass der Obmann des Güterwegs „Unterhof“ sein Amt zurückgelegt hat, bringt Bgm. Johann Lueger ebenfalls dem Gemeinderat zur Kenntnis.

Ein kurzer Bericht vom Ybbstalradweg-Eröffnungsfest erfolgt ebenfalls von Bgm. Lueger, gleichzeitig spricht er ein großes Lob alles Mithelfenden und Organisatoren aus.

Über die Fischerei und das Fischerdorf Opponitz wird diskutiert, es wird sich in nächster Zeit ein Arbeitskreis bilden, der sich mit der Zukunft dieser Thematik beschäftigen wird.

Nach diesen Wortmeldungen dankt Bgm. Johann Lueger allen für Ihre Mitarbeit und schließt diese Gemeinderatssitzung.

Genehmigt, abgeändert, nicht genehmigt in der Gemeinderatssitzung am 12.09.2017.

Schriftführerin Tatjana Stangl

Bürgermeister Johann Lueger

Vizebürgermeister Ernst Steinauer
(Protokollfertiger)

gGR Karl Hagauer
(Protokollfertiger)

GR Alexander Schnabel
(Protokollfertiger)